

Antrag

der Abgeordneten Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Edith Niehuis, Verena Wohlleben, Christel Hanewinckel, Hanna Wolf (München), Brigitte Adler, Robert Antretter, Doris Barnett, Ingrid Becker-Inglau, Friedhelm-Julius Beucher, Rudolf Bindig, Lilo Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Anni Brandt-Elsweier, Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Christel Deichmann, Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Petra Ernstberger, Anette Faße, Elke Ferner, Gabriele Fograscher, Iris Follak, Dagmar Freitag, Anke Fuchs (Köln), Katrin Fuchs (Verl), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Dr. Liesel Hartenstein, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Barbara Hendricks, Monika Heubaum, Uwe Hixsch, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Frank Hofmann (Volkach), Ingrid Holzthüter, Barbara Imhof, Brunhilde Irber, Gabriele Iwersen, Renate Jäger, Ilse Janz, Sabine Kaspereit, Susanne Kastner, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Nicolette Kressl, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Dr. Elke Leonhard, Christa Lörcher, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Ingrid Matthäus-Maier, Heide Mattischek, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Ursula Mogg, Jutta Müller (Völklingen), Volker Neumann (Bramsche), Doris Odendahl, Leyla Onur, Karin Rehbock-Zureich, Margot von Renesse, Renate Rennebach, Gudrun Schaich-Walch, Dagmar Schmidt (Meschede), Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Regina Schmidt-Zadel, Gisela Schröter, Dr. Mathias Schubert, Brigitte Schulte (Hamel), Ilse Schumann, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Lisa Seuster, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Jella Teuchner, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Ute Vogt (Pforzheim), Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Hans Wallow, Dr. Konstanze Wegner, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hildegard Wester, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Heidemarie Wright, Uta Zapf, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Frauenrechte weltweit stärken – Reform des Auswärtigen Dienstes

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Ausgehend von den Ergebnissen der Weltkonferenz zur Überprüfung und Beurteilung der Erfolge des VN-Jahrzehnts für Frauen: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden 1985 in Nairobi; der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, der Internationalen Konferenz über Ernährung 1992 in Rom, der Weltkonferenz über Menschenrechte 1993 in Wien, der Internationalen Kon-

ferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo, dem Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen und der Vierten Weltkonferenz für Frauen: Aktion für Gleichstellung, Entwicklung und Frieden 1995 in Peking stellt der Deutsche Bundestag fest, daß die international gesetzten Zielsetzungen hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Förderung der Frau und ihrer vollen Integration in die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Entwicklung noch nicht verwirklicht sind.

Über die Hälfte der Menschen sind Frauen; sie erzeugen 80 Prozent der Weltnahrungsmittel, verrichten zwei Drittel der Weltarbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens, besitzen ein Prozent des Eigentums, und sie stellen zwei Drittel aller Analphabeten der Welt. Frauen sind in zunehmendem Ausmaß den verschiedensten und vielfältigen Formen der Gewalt und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt: Frauen und Kinder sind die Leidtragenden der zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie stellen rund 80 Prozent der 23 Millionen Flüchtlinge und der 26 Millionen vertriebener Personen in der Welt.

- II. Mit Zustimmung der Bundesregierung hat die internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo folgende Feststellungen getroffen: „Die Stärkung und Selbstbestimmung der Frauen und die Verbesserung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung und ihres Gesundheitszustandes sind schon für sich allein ein überaus wichtiges Ziel. Darüber hinaus sind sie für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung unerlässlich.“ Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Arbeitsleben, ist unabdingbar. Die Partnerschaft von Frauen und Männern ist auch im häuslichen Bereich erforderlich, einschließlich der gemeinsamen Pflichten bei der Versorgung und bei der Erziehung der Kinder und der Haushaltsführung. Die freie Entscheidung über Sexualität und Fortpflanzung ist ein Menschenrecht der Frau.

In dem in Kairo beschlossenen Aktionsprogramm heißt es weiter, daß die Länder geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Frauen ergreifen und entsprechende Schritte unternehmen sollen, um Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen so schnell wie möglich zu beseitigen. Hierzu ist die gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen des politischen Prozesses und des öffentlichen Lebens in jeder Gemeinschaft und Gesellschaft zu fördern. Die Regierungen werden aufgefordert sicherzustellen, daß ihre Personalpolitik und diesbezügliche Praxis dem Grundsatz der gleichberechtigten Repräsentation beider Geschlechter entspricht, besonders bei Leitungs- und Führungspositionen.

Mit der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking wird die Bundesregierung erneut zum Grundsatz der geteilten Macht und der geteilten Verantwortlichkeit zwischen Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen verpflichtet.

Die Vierte Weltfrauenkonferenz stellt fest, daß Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern eine Frage der Menschenrechte sowie eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden ist. Um Armut national wie international zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklungen zu erreichen, müssen Frauen und Männer voll und gleichberechtigt an der Formulierung makroökonomischer und sozialer Politiken und Strategien beteiligt werden. Die Regierungen werden angehalten, „das Ziel der geschlechtlichen Ausgewogenheit zu etablieren, in Regierungsorganen und Komitees ebenso wie in öffentlichen Verwaltungseinheiten und in der Justiz“. Der Fortschritt hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen soll überwacht und bewertet werden durch die regelmäßige Analyse von quantitativen und qualitativen Daten über Frauen und Männer auf allen Ebenen in verschiedenen Entscheidungsfindungspositionen in öffentlichen und privaten Bereichen.

III. Die Bundesregierung hat im Gegensatz zu diesen von ihr mitgetragenen internationalen Erklärungen einer wirklichen Gleichstellung von Frau und Mann noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet. Die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen auf Internationalen Konferenzen läßt sich an der entsprechenden Praxis auf internationaler Ebene, insbesondere in der inhaltlichen Ausgestaltung und Organisation des Auswärtigen Dienstes messen. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, internationale Frauenförderung als ausdrückliche Aufgabe ihres Auswärtigen Dienstes zu formulieren. Beispielsweise beträgt der Anteil der Frauen im höheren Dienst des Auswärtigen Amtes nur etwa 15 Prozent. Bei den diplomatischen Vertretungen im Ausland sind im höheren Dienst lediglich 11 Prozent Frauen eingesetzt. Von den 150 Botschaften der Bundesrepublik Deutschland werden z. Z. nur sieben von einer Botschafterin geleitet: Äthiopien, Burkina Faso, Jemen, Niger, Österreich, Senegal und Slowakische Republik.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Anteil der Botschafterinnen und darüber hinaus den Frauenanteil im höheren Dienst, insbesondere in Leitungsfunktionen, des Auswärtigen Amtes sowie bei den diplomatischen Vertretungen im Ausland deutlich zu steigern;
2. die internationale Frauenförderung als ausdrückliche Aufgabe in den Aufgabenkatalog des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst (GAD) aufzunehmen;
3. die Darstellung der allgemeinen kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation der Frauen und ihre Entwicklungen sowie die internationale Frauenförderung als integralen Bestandteil in den Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des Auswärtigen Amtes zu verankern;
4. in den Länderaufzeichnungen der Botschaften über die jeweiligen Landesverhältnisse ausdrücklich die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Situation der Frauen,

die Einhaltung der frauenspezifischen Menschenrechte und des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung sowie die Umsetzung der entsprechenden VN-Beschlüsse zur Frauenförderung, insbesondere des „Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“, darzustellen;

5. dafür Sorge zu tragen, daß die Botschaften durch konkrete Vorschläge daran mitwirken, wie im Zuge der wirtschaftlichen Zusammenarbeit endlich im Einzelplan 23 ausreichende Mittel für Pilotprojekte zur Förderung von Frauen zur Verfügung gestellt werden.

Bonn, den 29. November 1995

Ursula Schmidt (Aachen)	Monika Heubaum
Dr. Edith Niehuis	Uwe Hiks
Verena Wohlleben	Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Christel Hanewinkel	Frank Hofmann (Volkach)
Hanna Wolf (München)	Ingrid Holzhüter
Brigitte Adler	Barbara Imhof
Robert Antretter	Brunhilde Irber
Doris Barnett	Gabriele Iwersen
Ingrid Becker-Inglau	Renate Jäger
Friedhelm-Julius Beucher	Ilse Janz
Rudolf Bindig	Sabine Kaspereit
Lilo Blunck	Susanne Kastner
Dr. Ulrich Böhme (Unna)	Marianne Klappert
Anni Brandt-Elsweier	Siegrun Klemmer
Dr. Eberhard Brecht	Nicolette Kressl
Edelgard Bulmahn	Dr. Uwe Küster
Ursula Burchardt	Christine Kurzhals
Marion Caspers-Merk	Brigitte Lange
Dr. Herta Däubler-Gmelin	Waltraud Lehn
Christel Deichmann	Dr. Elke Leonhard
Dr. Marliese Dobberthien	Christa Lörcher
Freimut Duve	Erika Lotz
Petra Ernstberger	Dr. Christine Lucyga
Anette Faße	Dorle Marx
Elke Ferner	Ulrike Mascher
Gabriele Fograscher	Ingrid Matthäus-Maier
Iris Follak	Heide Mattischek
Dagmar Freitag	Markus Meckel
Anke Fuchs (Köln)	Ulrike Mehl
Katrin Fuchs (Verl)	Angelika Mertens
Arne Fuhrmann	Ursula Mogg
Monika Ganseforth	Jutta Müller (Völklingen)
Norbert Gansel	Volker Neumann (Bramsche)
Iris Gleicke	Doris Odendahl
Angelika Graf (Rosenheim)	Leyla Onur
Klaus Hagemann	Karin Rehbock-Zureich
Dr. Liesel Hartenstein	Margot von Renesse
Dr. Ingomar Hauchler	Renate Rennebach
Dr. Barbara Hendricks	Gudrun Schaich-Walch

Dagmar Schmidt (Meschede)
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Regina Schmidt-Zadel
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Lisa Seuster
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Jella Teuchner
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröschner
Ute Vogt (Pforzheim)
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Hans Wallow
Dr. Konstanze Wegner
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Heidemarie Wiczorek-Zeul
Heidemarie Wright
Uta Zapf
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

